

**Vorlage - 0771/2009****Betreff:** Postfilialen**Status:** öffentlich**Vorlage-
Art:** Kleine Anfrage der FDP-
Ratsfraktion**Anlagen:****Federführend:** FDP-Ratsfraktion**Beratungsfolge:**

Ratsversammlung

17.09.2009 Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Ratsversammlung

Vorbemerkung:

Medienberichten zufolge plane die Deutsche Post AG, bis Ende 2011 ihre eigenen Filialen zu schließen und diese Dienstleistungen durch Partner aus dem Einzelhandel anzubieten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass durch die Post-Universaldienstleistungsverordnung (PUDLV) zu gewährleisten ist, dass „in zusammenhängend bebauten Gebieten eine stationäre Einrichtung in maximal 2.000 Metern für die Kunden erreichbar ist“. Zudem, so die Verordnung, ist bei „Veränderungen der stationären Einrichtungen“ frühzeitig, „mindestens zehn Wochen vor der Maßnahme, das Benehmen mit der zuständigen kommunalen Gebietskörperschaft herzustellen“.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende

Kleine Anfrage

1. Inwiefern hat sich die Deutsche Post AG bezüglich der o.g. Planungen - insbesondere auch hinsichtlich der Darlegung der Konsequenzen von Filialschließungen auf die Versorgung mit Postdienstleistungen - mit der Landeshauptstadt Kiel in Verbindung gesetzt?
2. Welche Maßnahmen kann die Landeshauptstadt Kiel grundsätzlich ergreifen, um die Grundversorgung mit Postdienstleistungen in Kiel zu erhalten und dafür zu sorgen, dass die Versorgung sich nicht weiter verschlechtert?
3. Welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt Kiel bislang ergriffen, um gegenüber der Deutschen Post AG auf die Einhaltung der o.g. Versorgungsdichte hinzuwirken?

gez. Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer

Anlage:

Der Bürgermeister Kiel, 15.09.2009
Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt

Antwort auf die Kleine Anfrage

Drucksache 0771/2009
Postfilialen

der Ratsfrau Christina Musculus-Stahnke (FDP-Ratsfraktion) vom 27.08.2009 zur Ratsversammlung am 17.09.2009

Die zur Sitzung der Ratsversammlung am 17.09.2009 gestellte Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1: Inwieweit hat sich die Deutsche Post AG bezüglich der o.g. Planungen – insbesondere auch hinsichtlich der Darlegung der Konsequenzen von Filialschließungen auf die Versorgung mit Postdienstleistungen – mit der Landeshauptstadt Kiel in Verbindung gesetzt?

Antwort: Die Deutsche Post AG hat sich nicht mit der Landeshauptstadt Kiel zu diesem Thema in Verbindung gesetzt.

Frage 2: Welche Maßnahmen kann die Landeshauptstadt Kiel grundsätzlich ergreifen, um die Grundversorgung mit Postdienstleistungen in Kiel zu erhalten und dafür zu sorgen, dass die Versorgung sich nicht weiter verschlechtert?

Antwort: Die Landeshauptstadt Kiel kann lediglich an die Deutsche Post AG appellieren, die Versorgungslage nicht zu verschlechtern.

Frage 3: Welche Maßnahmen hat die Landeshauptstadt Kiel bislang ergriffen, um gegenüber der Deutschen Post AG auf die Einhaltung der o. g. Versorgungsdichte hinzuwirken?

Antwort: Es gab von verschiedenen Kieler Ortbeiräten immer wieder Anfragen zur Zukunft von Posteinrichtungen. Die Landeshauptstadt Kiel hat diese Problematik stets an die Deutsche Post AG weitergeleitet und die Ortbeiräte über die Ergebnisse informiert bzw. die Ortbeiräte haben sich direkt an die Deutsche Post AG gewandt.
In anliegendem Schreiben vom 14.09.2009 hat der Oberbürgermeister den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Post AG, Herrn Dr. Appel, eindringlich gebeten, den Erhalt postbetriebener Filialen in Kiel zu überdenken.

Peter Todeskino
Bürgermeister

Online-Version dieser Seite: <http://10.1.4.22/allrisnetai/vo020.asp?VOLFDNR=11955>